



**BISCHÖFLICHE
ARBEITSLOSENSTIFTUNG**



Nr. 151 | Ausgabe 3 | September 2026

Hin schauen

Zwischen Sparpolitik und sozialer Verantwortung



Wir brauchen endlich Planungssicherheit

Seit Jahrzehnten unterstützen soziale Unternehmen erfolgreich (Langzeit-)Arbeitslose durch Beschäftigung, Beratung und Qualifizierung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt in Oberösterreich. Seit Jahren wird allerdings bei diesen Angeboten gekürzt und ein Ende ist derzeit nicht in Sicht. Und das, obwohl die Herausforderungen am Arbeitsmarkt immer komplexer werden.

Sozialökonomische Betriebe, Frauenberufszentren, Arbeitstrainings- und Berufsausbildungszentren sowie spezialisierte Beratungsstellen sind ein Booster für den Arbeitsmarkt und tragen eine hohe gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Verantwortung: Sie bringen Menschen in Beschäftigung und machen Arbeitskräftepotenzial für die Wirtschaft verfügbar. Sie wirken der Langzeitarbeitslosigkeit entgegen und entlasten auch die Sozialsysteme. Denn sie tragen dazu bei, dass ehemals arbeitslose Personen wieder in das System einzahlen und das Steueraufkommen erhöhen.

Bereits seit 2024 werden die finanziellen Mittel für arbeitsmarkintegrierte Angebote in Oberösterreich drastisch reduziert und im Juni dieses Jahres wurden Kürzungen von bis zu 30% im (aktuellen) Förderzeitraum 2026/2027 angekündigt. Selbst bis Redaktionsschluss ist das gesamte Ausmaß der Kürzungen noch nicht bekannt.

Fest steht allerdings, dass die sozialen Unternehmen massiv unter Druck standen und stehen. Die

unmittelbaren Folgen sind reduzierte Betreuungs- und Beratungsangebote für arbeitslose Menschen. Konkret gestaltet sich das so: Wer im Mai 2026 arbeitslos wurde und vom regionalen AMS in ein Beratungsprojekt vermittelt wurde, erhielt dort in acht Terminen persönliche arbeitsmarktbezogene Beratung und konkrete Unterstützung bei der Bewerbungsarbeit. Wer im August 2026 arbeitslos wurde und in ein Beratungsprojekt vermittelt wird, erhält im gleichen Beratungsprojekt nur noch drei Beratungstermine, in denen ausschließlich Bewerbungsunterlagen aktualisiert werden können. Ab Juli 2026 erstreckt sich diese Einschränkung der Angebote auch auf spezifische Zielgruppen, die häufig einen besonderen Unterstützungsbedarf beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt haben, wie Frauen, Migrant:innen und Personen mit gesundheitlichen Herausforderungen.

Arbeitslose Personen erhalten nun keine oder nur noch deutlich eingeschränkte Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt. Angesichts der hohen und steigenden Langzeitarbeitslosigkeit wären aber ausreichende Angebote notwendig.



Mag. Stefan Thurner
Sozialplattform OÖ
www.sozialplattform.at

Reduzierte Angebote bedeuten auch, dass soziale Unternehmen ihr Angebot innerhalb kürzester Zeit völlig umstrukturieren müssen. Das beinhaltet Stundenkürzungen oder sogar die Kündigung von Fachkräften. So tragen soziale Unternehmen notgedrungen zur steigenden Arbeitslosigkeit im Sozial- und Gesundheitswesen bei. Ein Großteil der Beschäftigten sind Frauen: Beraterinnen, Trainerinnen, Sozialarbeiterinnen oder -pädagoginnen.

Hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wandern ab, weil Planungssicherheit und langfristige Perspektiven fehlen. Kurzfristige Budgetentscheidungen gefährden damit nicht nur Angebote für Arbeitssuchende, sondern auch die Stabilität und Expertise jener Strukturen, die seit Jahren erfolgreich wirken.

Die Konsequenzen betreffen aber nicht nur die unmittelbar betroffenen Menschen, sondern haben Auswirkungen auf den gesamten Wirtschafts- und Sozialraum:

Für die heimische Wirtschaft bedeutet weniger Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration auch weniger verfügbare Arbeitskräfte und weniger ausgeschöpftes Fachkräftepotenzial.

Standortschließungen in den Regionen bedeuten weniger Angebote in ländlichen Räumen und den Verlust gewachsener regionaler Strukturen, die arbeitslosen Menschen bisher wohnortnahe und rasche Unterstützung ermöglichen.

Beschäftigungsprojekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind auch wichtige kommunale Dienstleister, die mit langjährigen, erfolgreichen Kooperationen Gemeindebudgets entlasten und maßgeblich zur Erreichung landespolitischer Ziele (etwa im Bereich Kreislaufwirtschaft) beitragen. Weitere Einschränkungen werden auch hier nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Für den (Oö.) Sozial- und Gesundheitsbereich ist mit steigenden Folgekosten durch Langzeitarbeitslosigkeit und somit einer Verlagerung von Kosten in andere Systeme zu rechnen.

Im Juni hat die Sozialplattform OÖ deshalb mit einem offenen Brief Landes- und Bundespolitik, die Sozialpartner sowie das AMS über die weitreichenden Folgen der mangelnden finanziellen Mittel informiert und um ein Abfedern der Kürzungen ersucht.

Forderungen

Die Fördergeber müssen dringend Planungssicherheit bis Ende 2027 schaffen, es bedarf verlässlicher Rahmenbedingungen für soziale Unternehmen, Mitarbeitende und Teilnehmer:innen. Die Erarbeitung gemeinsamer, tragfähiger Lösungen durch alle Finanzierungsbeteiligten ist unbedingt notwendig.

Uns beschäftigt aber genauso die Frage, wie die aktive Arbeitsmarktpolitik der Zukunft aussehen soll. Wie soll sich die Landschaft der arbeitsmarktpolitischen Angebote in Oberösterreich Ende 2027 gestalten? Wer ist an der Entwicklung beteiligt? Welche Rolle spielen regionale Strukturen, unterschiedliche Zielgruppen und wirtschaftliche Entwicklungen?

Ihr Beitrag wirkt!

Für mehr Menschlichkeit und Würde

Als kirchliche soziale Organisation stehen wir an der Seite von Menschen, die arbeitslos sind und oft keine Stimme haben. Wir setzen uns für eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen stärkt und ihnen hilft, beruflich wieder Fuß zu fassen. Wir stehen für ihre Würde und für faire Chancen am Arbeitsmarkt.

Aus christlicher Verantwortung sehen wir die Menschen hinter den Statistiken. Christliche Solidarität ist sensibel gegenüber allen Menschen, besonders „den Bedrängten aller Art“ (II. Vatikanisches Konzil, Gaudium et Spes, Nr. 1).

Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie uns, diesen Einsatz für mehr Solidarität und Menschlichkeit fortzusetzen. Wir bitten Sie herzlich um Ihre Spende mit beiliegendem Zahlschein oder QR-Code.

Spendenkonto

AT09 1860 0000 1065 3210

QR-Code für Ihre Spende



Weiters können Sie durch die Zweckwidmung Ihres Kirchenbeitrags unsere Arbeit nachhaltig unterstützen. Bitte wählen Sie dafür den Wirkungsbereich „**Soziales**“.

Weitere Informationen sowie ein einfach auszufüllendes Formular finden Sie über den QR-Code.



Vielen Dank!

Mag.^a Lucia Göbesberger
Geschäftsführung Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

Jugend im Dialog

Ich kann was! Ich bin was! Reicht das?

Beim „Jugend im Dialog“ am 19. Mai 2026 in der Arbeiterkammer OÖ trafen rund 200 arbeitssuchende Jugendliche auf Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Organisationen und Interessensgemeinschaften. Unter dem Motto „Ich kann was! Ich bin was! Reicht das?“ brachten sie ihre Erfahrungen, Anliegen und Forderungen direkt ein und traten dabei als Expert*innen in eigener Sache auf. Das Interesse an den Perspektiven der jungen Generation war groß. Zahlreiche Abgeordnete sowie Vertreter*innen von Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer OÖ, AMS, SMS und OÖ-Leitbetrieben stellten sich dem direkten Reality-Check und Austausch. Die Grundlage dafür erarbeiteten über 300 Jugendliche aus arbeitsmarktpolitischen Projekten in ganz Oberösterreich. In Workshops und Befragungen beantworteten sie die Leitfrage: „Wie geht es mir im Leben und bei der Arbeitssuche?“ Diese Ergebnisse bildeten die Basis der Dialogrunden.

Die jungen Menschen beschrieben, wie psychische Belastungen, steigende Lebenshaltungskosten und unsichere Zukunftsperspektiven ihren Alltag prägen. Mobilität ist ebenfalls ein großes Thema. Wer eine Lehrstelle sucht, zum Vorstellungsgespräch pendelt oder einfach am gesellschaftlichen Leben teilhaben möchte, darf nicht am Ticketpreis für Öffis scheitern. Die klare Forderung lautet daher: Der Zugang zum Jugendticket Netz muss dringend ausgeweitet und vereinfacht werden.

Die 7. Auflage von „Jugend im Dialog“ setzte ein starkes Zeichen gegen Politikverdrossenheit und Zukunftsmüdigkeit. Wenn die Entscheidungsträger*innen des Landes den Mut haben, sich der Lebensrealität der Jugend ungefiltert zu stellen, entsteht echte Demokratie. Die Forderungen liegen nun auf dem Tisch, jetzt ist die Politik am Zug.

Barbara Mitterndorfer-Ehrenfellner
Projektleitung und Referentin
Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

Bischof Manfred Scheuer

„Mit ‚Jugend im Dialog‘ schaffen Kirche und Arbeiterkammer bewusst einen Raum, in dem junge arbeitssuchende Menschen ihre Erfahrungen und Sichtweisen einbringen können. Es sind Stimmen, die sonst leicht überhört werden und gerade deshalb neue Perspektiven eröffnen. Sie erinnern daran, dass gesellschaftliche Verantwortung sich auch daran misst, ob jungen Menschen ein fairer Einstieg in die Arbeitswelt ermöglicht wird.“



Bischof Manfred Scheuer und AK-Vizepräsidentin Sandra Jurekovic mit Jugendlichen



Stimmen der Jugendlichen

„Lehrlinge bekommen das Jugendticket Netz. Wir bekommen das nicht. Ich muss jeden Tag 3 Euro für den Bus zahlen.“

„In einem Restaurant haben sie mich nicht genommen, wegen meines Familiennamens.“

„Es ist stressig mit der Arbeitssuche. Ich habe Angst davor, wie ich ins Leben starten soll. Egal welchen Job, Hauptsache eine Lehre!“

„Es fühlt sich so an, als ob die Politik von alten Leuten für alte Leute ist.“

„Jugend im Dialog“ ist ein Kooperationsprojekt der Arbeiterkammer Oberösterreich, mensch&arbeit, der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung, dem Team Jugend und junge Erwachsene/Katholische Jugend OÖ sowie dem Lehrlings- und Jugendzentrum ZOOM.

Medieninhaberin und Herausgeberin: Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, Domgasse 3, 4020 Linz, 0732 / 78 13 70, arbeitslosenstiftung@dioezese-linz.at, www.arbeitslosenstiftung.at. Sie können die Zusendung unserer Zeitung INFO jederzeit bei oben angeführten Kontaktdaten widerrufen. Redaktion: Lucia Göbesberger, Katja Haller. Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin. Fotoquellen: S.1: pixabay, S.2: Sozialplattform, privat, S.4: MacGreenie. Blattlinie: Informationsorgan der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung. Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., Niederndorf 15, 4274 Schönau

Druckerei
HAIDER